

# KURATORIUM DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT FÜR BERUFSBILDUNG

## 50 Jahre KWB – Wirtschaft gestaltet berufliche Bildung

Bonn, den 26. Oktober 2020

Zeitraum	Eckpunkte	Themen
1953	Gründung ABB	<p><b>Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung</b> in Bonn</p> <p>Entstanden aus der „Arbeitsstelle für gewerbliche Berufserziehung“ (Dortmund) und der „Arbeitsstelle für kaufmännische Berufserziehung“ (München), die 1951 zunächst zur „Arbeitsstelle für Berufserziehung des deutschen Industrie- und Handelstages“ zusammengeführt wurden und die wiederum 1953 nach zusätzlicher Übernahme der Trägerschaft durch BDA und BDI überführt wurde in die Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (ABB).</p> <p>Ziel war die Schaffung geordneter Strukturen für die berufliche Bildung in Industrie, Handel, Verkehr und Dienstleistungen in Eigenregie (Entwicklung von Ausbildungsordnungen und Ausbildungsmitteln, Konzeption des Industriemeisters). In einem paritätischen Ausschuss wurden zusammen mit den Gewerkschaften Berufe beschlossen.</p> <p>Ausbildungsordnungen für Handwerksberufe wurden von den Fachverbänden unter der Regie des Instituts für Berufserziehung im Handwerk der Universität zu Köln erarbeitet und dem Bundeswirtschaftsministerium zum Erlass vorgelegt.</p>
1969	BBiG	<p><b>Berufsbildungsgesetz</b> Inkrafttreten 01.09.1969 (nach ersten Initiativen aus dem Jahr 1919)</p> <p>Das bisher weitgehend durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft aufgebaute System der Berufsausbildung wird eine öffentliche Aufgabe und berufliche Bildung soll über ihre Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt hinaus ein gleichwertiger Teil des Bildungswesens werden. Berufliche Bildung gehört nun in die Verantwortung von Wirtschaft und Staat. Alle Beteiligten sollten angemessen mitwirken. Die Rolle, Verantwortung und Einflussmöglichkeiten der Sozialpartner und des Staates (Bund und Länder) erhöhten sich. Bundesweit werden einheitliche Regelungen in allen Branchen, in denen betrieblich ausgebildet wird – Industrie, Handel, Handwerk (das dennoch seine Sonderrolle durch die Bestimmungen der Handwerksordnung behielt), Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst usw. – geschaffen.</p>
1970	Gründung KWB	<p><b>BBiG führte zu mehr Mitgestaltern und Mitsprechern</b></p> <p>Die Neupositionierung der Spitzenverbände der Wirtschaft führt zur <b>Gründung des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) als gemeinsame Plattform zur Koordinierung der heterogenen Interessen</b></p> <p><i>Das KWB steht in der Tradition der Selbstgestaltung der beruflichen Bildung durch die Wirtschaft.</i></p> <p><i>Aufgabe in den 70er Jahren: Inhalts- und Verfahrensgrundlagen schaffen zur Erstellung von Ausbildungsordnungen (ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Bindung, damit die Betriebe ihre Aufgabe wahrnehmen können)</i></p> <p><i>Geschäftsführer Prof. Dr. Ing. Erwin Krause (ehemaliger Leiter der ABB)</i></p>

70er Jahre bis Mitte der 80er Jahre		<p><b>Die geburtenstarken Jahrgänge drängen auf den Ausbildungsmarkt</b>  <b>Diskussion über</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– eine <b>Ausbildungsplatzabgabe</b> als politisches Mittel zur Steuerung des Ausbildungsplatzangebots</li> <li>– die <b>Qualität der Berufsbildung</b></li> <li>– 1972: Inkrafttreten der Ausbilder-Eignungsverordnung</li> <li>– 1972: Verfahren zur Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen zwischen Bundesregierung und KMK</li> </ul> <p>→ <i>Engagement der Wirtschaft und Flexibilität des dt. Berufsbildungssystems</i>  <b>KWB-Kongresse:</b>          1972 „Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft“          1973 „Für bessere Berufsbildung“          1975 Kundgebung der Wirtschaft zur Berufsbildung „Für bessere Berufsbildung – gegen schlechtes Gesetz“          1972 Neuordnung der industriellen Elektroberufe, das erste große Neuordnungsprojekt mit dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung, das auf Grundlage des BBiG von 1969 ebenfalls 1970 errichtet wurde.          1973 <i>Neuer Geschäftsführer RA Helmut Brumhard</i></p>
1976	Ausbildungsplatzförderungs-gesetz	<p>Das <b>Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung</b> wird beschlossen:          Androhung einer Berufsausbildungsabgabe          (Abgabe auf die Lohnsumme zur Finanzierung von Zuschüssen für betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsplätze)  <i>KWB Veröffentlichung „Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz: Warum das Gesetz nicht funktioniert – Die sechs Denkfehler“</i>          [Das Gesetz wurde 1981 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt – es hätte der Zustimmung des Bundesrats bedurft.]</p>
1977-1985		<p><b>Aktivitäten der Wirtschaft für zusätzliche Ausbildungsplätze u.a. zur Verhinderung der Ausbildungsplatzabgabe</b> (einzelbetriebliche Finanzierung als eine der Grundlagen des dualen praxisbezogenen Systems):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>Aufrufe der Präsidenten der Spitzenverbände:</i>              „Mehr Ausbildungsplätze für die Jugend!“              „Anstrengungen um Ausbildungsplätze fortsetzen“              „Ausbilden heißt in die Zukunft investieren“              „Helft den Jugendlichen bei ihrem Start in die Ausbildung!“              „Ausbildungsplätze 1984“</li> <li>– <i>Aufkleber-Aktion:</i> „Vorsorge treffen ... ausbilden“</li> <li>– <i>Faltblatt:</i> „Förderung der Ausbildung von Mädchen und Frauen in gewerblich-technischen Berufen“</li> <li>– <i>Plakat-Aktionen</i> (1984 bundesweit / 1985 Hessen):              „Wer jetzt ausbildet, sichert nicht nur die Zukunft junger Menschen, sondern auch die eigene“              „Haben auch Sie schon einen Lehrling eingestellt?“</li> <li>– <i>Besondere Aufmerksamkeit für Sondergruppen:</i>              Jugendliche Ausländer, Behinderte und Lernbeeinträchtigte, Abiturienten</li> </ul>
1974	KFM AL	<p><b>Einbeziehung der Praxis – regelmäßiger Gedankenaustausch</b></p> <p>Die <b>Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Ausbildungsleiter</b> – seit 1957 bis zu dessen Auflösung 1973 beim Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungswesen organisiert – <b>schließt sich dem KWB an.</b>          1. Jahrestagung bei der IHK Reutlingen u.den Bizerba Werken in Reutlingen/Balingen</p>
1977	GT AL	<p><b>Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Ausbildungsleiter aus Industrie, Handwerk und Handel für den gewerblich-technischen Bereich</b>          1. Jahrestagung bei BASF in Ludwigshafen</p>
1980		<p><b>Beschleunigte technologische, wirtschaftl. und gesellsch. Entwicklung</b>          Grundposition der Wirtschaft zur <b>beruflichen Weiterbildung</b></p>

1982	Berufsbildungsförderungsgesetz	<p><b>Bildungspolitische Weichenstellung zugunsten des dualen Systems auch für die Zukunft</b>  Sicherstellung des Verfahrens zur Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (bis dahin Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung) und seine Organe / im Gesetz keine Finanzierungsregelung vorgesehen  <i>Zur Zukunft der beruflichen Bildung. Grundaussagen der Wirtschaft (zur Ausbildung)</i></p>
1984		<p><b>Wiederaufleben der Finanzierungsdiskussion</b> in Verbindung mit der technischen Entwicklung kommt es verstärkt zu Qualitätsdebatten und speziell zu Fragen der Umlagefinanzierung der Berufsbildung:  <i>Zur Finanzierung der Berufsausbildung. Grundposition der Wirtschaft</i></p>
1987/1989		<p><b>Abschluss der Neuordnung der industriellen und handwerklichen Metall- und Elektroberufe, die fast zehn Jahre gedauert hat</b></p>
Ende der 80er Anfang der 90er Jahre		<p><b>19.07.1990: das BBiG tritt in der DDR in Kraft</b>  <b>Anforderungen durch die deutsche Wiedervereinigung</b>  <b>Europa rückt verstärkt in den Fokus</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Berufliche Qualifikation wird – auch vor dem Hintergrund der gewaltigen Umstrukturierungs- und Umbauarbeiten in den neuen Bundesländern – immer mehr Wettbewerbs- und Standortfaktor – auch im Hinblick auf Europa</li> <li>– Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsmarkt alte / neue Bundesländer</li> <li>– <i>Abstimmung von Initiativen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Bundesländern / Einbeziehung betrieblicher Bildungsfachleute aus den neuen Bundesländern</i></li> <li>– <i>1990: Symposium „Wirtschaftsraum Europa – Herausforderung für die Berufsbildung“ (anlässlich des 20-jährigen Bestehens des KWB)</i></li> </ul> <p>Im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt ab 1993 nehmen die „Durchführung von Entsprechungsverfahren zur Erreichung besonderer Transparenz der europäischen Bildungslandschaft“ zu („breitere Befassung mit den berufsbildungsrelevanten Vorgängen in Europa“).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Begrenzte Vergleichbarkeit des dualen Systems mit anderen Berufsbildungssystemen in Europa schafft Probleme bei der formalen Bewertung von Qualifikationen</li> </ul> <p><b>Überfachliche Qualifikationen in Vermittlung mit Fachqualifikationen zur Stärkung der Handlungskompetenz rücken in den Vordergrund</b>  → neue Methoden zur Förderung personaler Qualifikationen, Kundenorientierung, Umweltorientierung, selbstgesteuertes Lernen, Selbstlernmedien, Zusatzqualifikationen, Handlungsorientierung bei den Industriemeisterprüfungen</p>
Mitte der 90er		<p><b>Nachwuchssicherung in Zeiten unsicherer Wirtschaftsentwicklungen, sinkender Nachwuchsjahrgänge und vermeintlich attraktiverer Alternativen im Hochschulbereich</b>  <b>Anwendung des Lernfeldkonzepts im berufsschulischen Bereich</b>  <b>Aktion Neue Berufe und parallel Initiative zur Beschleunigung von Ordnungsverfahren</b> als Antwort auf den beschleunigten Strukturwandel und der Entwicklung von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>Differenzierte Strukturmodelle mit passgenauen Lösungen für unterschiedlichen Qualifizierungsbedarf</i></li> <li>– <i>Integration vorhandener Qualifizierungswege in das duale System</i></li> <li>→ <i>1996 bis 2006 Erlass von 55 „neuen“ Berufen, davon acht 2-jährige Berufe (Gesamtzahl der Ausbildungsberufe gesunken von 364 auf 342)</i></li> <li>– <i>Vereinbarung zur Aktualisierung und Beschleunigung von Ordnungsverfahren</i></li> <li>– <i>Initiativen zur Beseitigung ausbildungshemmender Vorschriften</i></li> <li>– <i>Aufforderung an die Länder für die Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger</i></li> <li>– <i>betriebsfreundlichere Organisation des Berufsschulunterrichts</i></li> </ul>

		<p>– Verbesserung der Kooperation von Berufsschulen und Betrieben (gemeinsame Erklärungen von KWB und Lehrerverbänden)</p> <p><b>Wieder aufkommende Forderungen der Gewerkschaften und Oppositionsparteien (SPD, PDS, Die Grünen) zu einer gesetzlichen Umlagefinanzierung (Vision einer „Lehrstellenkatastrophe“)</b></p> <p>– Faltblätter: „Zur Finanzierung der Berufsausbildung – Die zehn wichtigsten Argumente gegen eine Ausbildungsumlage“ und „Berufsausbildung – Mehr Nutzen als Kosten“</p> <p>– Intensives und erfolgreiches Engagement der Wirtschaftsorganisationen zur Steigerung des Lehrstellenangebots</p>
1996 1997	KWB/DGB	<p><b>Expansion der Weiterbildung:</b></p> <p><b>Wachsende Bedeutung der Aufstiegsfortbildung für</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– individuelle Karriere</li> <li>– betriebliche Personalentwicklung</li> <li>– Sicherung der Gestaltungsfreiheit und Verantwortung in der beruflichen Weiterbildung</li> </ul> <p>Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften aufgrund grundlegender Meinungsverschiedenheiten in der Weiterbildung über neue konzeptionelle Vorstellungen für das Zusammenwirken bei der Ordnung von Weiterbildungskonzepten</p> <p>Ergebnis: Gemeinsame Auffassung der Sozialpartner: Sozialpartner maßgebliche Akteure für die Gestaltung der Fortbildung bei gleichzeitiger Beibehaltung von praxisnahen regionalen Regelungen</p> <p>→ <b>Vereinbarung zur beruflichen Fortbildung</b> (neu gefasst 2008)</p> <p><i>Inkrafttreten der neuen IT-Berufe – Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik</i></p> <p><i>Neue Geschäftsführerin Helen Diedrich-Fuhs</i></p>
Ende der 90er Jahre  1999		<p><b>Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems im Hinblick auf weltweiten Strukturwandel und globalen Wettbewerb</b></p> <p><b>Initiative der Länder, ihre Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten auszuweiten (Entwicklung von Berufen, Leistungsfeststellung, verstärkte Verankerung der Weiterbildung in Berufsschulen)</b></p> <p><b>Rot-grüne Bundesregierung setzt verstärkt berufsbildungspolitische Akzente durch Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit</b></p> <p><b>Standortveränderungen</b></p> <p><b>Umzug von KWB-Trägerorganisationen nach Berlin</b></p> <p><b>Neue Strukturvorschläge zum Berufsbildungssystem von Seiten der KWB-Trägerorganisationen (DIHT, ZDH, BDA)</b></p> <p>→ Sicherung der Zuständigkeit für die regelmäßige Qualifikationsermittlung: Entwicklung eines Netzwerks in Verbindung mit den Spitzenorganisationen und ihren Kammern und Fachverbänden für die Ermittlung der Qualifikationsentwicklung (Initiierung von KWB-Projekten mit BMBF-Förderung)</p> <p>→ KWB-Broschüre zu gemeinsamen Reformvorschlägen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung: „Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit – zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems“</p> <p><b>Öffentliche Diskussionen zu Erwartungen und Anforderungen an Prüfungen / tlw. Erhöhung des Prüfungsaufwands durch Neuordnungen / Steigerung des Kosten- und Wirtschaftlichkeitsbewusstseins bei Betrieben</b></p> <p>→ KWB-Arbeitskreis Prüfungen und Diskussion in den Ausbildungsleiter-Veranstaltungen und -Arbeitskreisen des KWB:</p> <p><i>Einvernehmen über bundeseinheitliche öffentlich-anerkannte Abschlussprüfungen in der Regie der Kammerorganisationen als unverzichtbarer Bestandteil des dualen Systems</i></p> <p><i>Bzgl. der Vorschläge der Wirtschaft zur Schaffung von Ausbildungsberufen mit weniger ausgeprägten theoretischen Anforderungen beharrt die Gewerkschaftsseite auf mindestens 3-jähriger Ausbildungsdauer</i></p>

<p>Anfang 2000</p>		<p><b>Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt: mehr freie Lehrstellen als Bewerber / weiterer Anstieg der Ausbildungsverträge (alte u. neue Länder) Fachkräftemangel in IT-, Internet-, Medien- und neuen Dienstleistungsbranchen</b>  <i>Schlüsselkompetenz: Know-how zur Nutzung neuer Informations- und Kommunikationskompetenz</i>  <i>Sozialpartnerabstimmungen zu neuen Strukturen und Prüfungen für die Metall- und Elektroberufe</i>  <i>Praxisnahe und transparente Ordnungskonzeption für IT-Weiterbildung</i>  <i>Weiterbildung: wachsende Bedeutung informeller Lernprozesse und selbstgesteuerten Lernens</i>  <b>Bildungspolitische Diskussion fokussiert auf allgemein bildende Schulen (PISA / TIMSS)</b></p>
<p>2002</p>		<p><b>Bundesregierung / Hartz-Kommission / Bundeswirtschaftsminister unterstützen die Schaffung 2-jähriger Ausbildungsberufe</b></p>
<p>2003</p>		<p><b>Trotz anhaltender wirtschaftliche Stagnation der Wirtschaft stabiler Ausbildungsmarkt / Faltblatt „Warum sich Ausbildung lohnt...“</b>  <b>Diskussionen zu BBiG-Novellierung:</b>  <b>Themenschwerpunkte der Wirtschaft: einzelbetriebliche Verantwortung und Finanzierung erhalten / schleichende Verstaatlichung und Verschulung verhindern / Bundeseinheitlichkeit der beruflichen Bildung erhalten auch im Hinblick auf eine international agierende Wirtschaft / praxisnahe Prüfungsgestaltung und Reduzierung des Prüfungsaufwands</b>  <b>Außerkräftsetzen der AEVO</b></p>
<p>2004</p>		<p><b>Regierungskoalition leitet ein Gesetzgebungsverfahren zur Ausbildungsabgabe ein</b>  <b>In gemeinsamer KWB-Presseerklärung der Mitglieder wird die Bundesregierung aufgefordert, das Ausbildungsabgabegesetz umgehend zu stoppen. Mit dem 1. Ausbildungspakt (2004 – 2006) [Verpflichtung Wirtschaft: 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze und 25.000 EQ-Plätze jährlich] erfolgte die Zusage der Bundesregierung sowie der Regierungskoalition, das Gesetz nicht in Kraft zu setzen.</b>  <i>Erweiterung des Spektrums der Ausbildung mit fünf neuen bzw. modernisierten 2-jährigen Ausbildungsberufen</i>  <b>Europa sieht die Einführung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) vor</b>  <i>→ Einrichtung einer KWB-TaskForce: Angemessene Platzierung des dualen Systems im Kontext schulisch orientierter Berufsbildungssysteme in Europa</i></p>
<p>2005</p>		<p><b>Novellierung BBiG:</b>  <b>Neue Zuständigkeiten für die Länder</b> wie die Öffnung der Vollzeitschulen für die Kammerabschlussprüfungen stellt Risiko dar für das duale Ausbildungssystem          Die für mehr Durchlässigkeit und Attraktivität notwendige Förderung differenzierter gestufter Ordnungskonzepte wird durch <b>starre Konditionierung auf 3-jährige Vertragsdauer</b> praktisch ausgehebelt          Einführung der Möglichkeit der <b>Gestreckten Abschlussprüfung</b></p>
<p>2006</p>		<p><b>Herausforderung: duale Ausbildung für Unternehmen und Bewerber attraktiv zu halten</b>  <i>→ mehr Flexibilität und Durchlässigkeit, im Bachelor-/Master-Zeitalter vergleichbare Berufs- und Arbeitsmarktchancen erreichen</i>  <i>KWB-Broschüre „Mehr Flexibilität, Durchlässigkeit, Praxisbezug – Neue Impulse für die berufliche Bildung“</i>  <b>Empfehlung zur Vereinheitlichung von Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen</b></p>

2007		<p><b>2. Ausbildungspakt (2007 – 2010) [Verpflichtung Wirtschaft: 60.000 zusätzliche Ausbildungsplätze und 40.000 EQ-Plätze jährlich]</b>  <b>Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems / Umsetzung der Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung (IKBB):</b>          → Förderung der Entwicklung neuer Berufsgruppen und kompakter Ausbildungsberufe im Rahmen von Anrechnungsmodellen          → Entwicklung von Ausbildungsbausteinen Ausbildungsberufe zur Integration von Altbewerbern in Ausbildung (Jobstarter Connect)  <b>Politische Entscheidung für eine nationale Umsetzung des EQF in einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)</b></p>
2008	KWB/DGB	<p><b>Demographischer Wandel</b>          → Fachkräftemangel / Integration weiterer Zielgruppen (ältere Fachkräfte, Migranten, Benachteiligte) / Entwicklung moderner durchlässiger Konzepte  <b>Fortschreibung der Vereinbarung zur beruflichen Fortbildung „Marketinginitiative Aufstiegsfortbildung“</b>          Die erste Ausgabe der KWB-News Aus- und Weiterbildung erscheint</p>
2009		<p><b>Inkrafttreten der überarbeiteten Ausbilder-Eignungsverordnung</b>          Gemeinsame Berufsgruppen-Position der Wirtschaft: Berufsgruppen kein Selbstzweck, sie zielen auf Transparenz, Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz          Vorschläge für kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen („maßgebliche Impulse“)</p>
2010  Ende 2010		<p><b>Wachsende staatliche Einflussnahme in der beruflichen Bildung und verstärkter Trend zur Verwissenschaftlichung der Ordnungsarbeit</b>  <b>3. Ausbildungspakt (2010 – 2014): Verlängerung des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftesicherung mit neuen Partnern – KMK und Integrationsbeauftragter Bundesregierung [Verpflichtung Wirtschaft unter demografischem Vorbehalt: 60.000 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich / mit neuem Schwerpunkt: Verbesserung der Ausbildungsreife der Berufseinsteiger]</b>  <b>Das Thema Kompetenzorientierung erhält durch den DQR zusätzliche Bedeutung</b>          Beteiligung an BIBB-Projekten zur beispielhaften Entwicklung kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen          Der BDI tritt als Mitglied aus und wird von BDA mit vertreten.          Neue Mitglieder: Gesamtmetall und BAVC          Neue KWB-Satzung und Vorbereitung der Umwandlung des KWB von einem nicht rechtsfähigen Verein in einen eingetragenen Verein</p>
2011		<p><b>Auch die Systematik der Aufstiegsfortbildung ist DQR-tauglich zu gestalten</b>  <b>Die Frage der Angemessenheit von 3,5-jährigen Ausbildungsdauer in Berufen wird gestellt und untersucht</b>  <b>DQR: Uneinigkeit über die Zuordnung von Abschlüssen – insb. der Hoch- und Fachhochschulreife</b>  <i>Neuer Geschäftsführer Jürgen Hollstein</i>          Umzug des KWB innerhalb von Bonn in die heutigen Geschäftsräume</p>
2012		<p><i>Eintragung des KWB in das Vereinsregister</i>  <b>Spitzengespräch zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern bereitet den Weg für den DQR</b>  <b>Exemplarische Zuordnung: 2-jährige Berufe Stufe 3, 3- und 3,5-jährige auf Stufe 4, Fortbildung auf Stufe 5 (Spezialistenprofile) und Stufe 6 (Fachwirte, Meister...)</b>  <i>unterstützt durch das von den Sozialpartnern überarbeitete „3-Ebenen-Papier“ zur Systematik von Qualifikationsebenen in der geregelten Aufstiegsfortbildung</i>  <b>Anerkennungsgesetz (Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen)</b></p>

		<p><b>Inklusion auch im Berufsbildungsbereich:</b>  Vereinbarung eines Rahmencurriculums für Zusatzqualifikationen von Ausbildern/-innen – ReZA  <b>BIBB-HA-AG</b> beginnt mit der Erarbeitung eines <b>Strukturvorschlags für kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen</b> (Stärkung der Handlungsorientierung in Ausbildungsordnungen)</p>
2013		<p><b>Europäische Dimension der Berufsbildung bekommt hohen Stellenwert durch die extreme Jugendarbeitslosigkeit in Europa</b>  11 Altberufe (vor BBiG 1969) werden durch einen neuen 2-jährigen Beruf (mit Fachrichtungen) ersetzt. Damit sind von den 340 Ausbildungsberufen alle – bis auf rd. zehn vor dem BBiG anerkannte Ausbildungsberufe – neu geordnet.  <i>Abschluss der Neuordnung Kaufmann / Kauffrau für Büromanagement</i>  <b>Neuordnungsverfahren für 3,5-jährige Berufe sind mit Begründung für die längere Ausbildungszeit weiterhin möglich</b>  <b>Stärkere Vernetzung der Ordnungsarbeit mit zentraler Prüfungsaufgabenerstellung</b></p>
2014		<p><b>Allianz für Aus- und Weiterbildung (2014 – 2018): Verbesserung der Qualität und Attraktivität der beruflichen Bildung verbessern</b>  <b>2015: Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen durch Ausbildung und Arbeit</b>  <b>Empfehlung des BIBB-HA – zur Struktur und Gestaltung von Ausbildungsordnungen – Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan</b> für kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen sowie eine Arbeitshilfe zur Umsetzung:  – am DQR orientierte Beschreibung der Kompetenzen  – Ausbildungsberufsbild strukturiert nach Handlungsfeldern  – Kompetenzbeschreibung auf der Grundlage von Arbeits- und Geschäftsprozessen  – outcome-orientierte Darstellung der Kompetenzen  <i>Umsetzung in die Neuordnungsverfahren: praxisnahe und verständliche Ausbildungsordnungen</i>  <b>Neuordnung 2-jähriger Berufe wird wieder problematischer</b>  <b>Stärkerer Einfluss der BMJ-Rechtsförmlichkeitsprüfung und des Redaktionsstab Rechtssprache auf Verordnungen / führt auch zu zeitlichen Verzögerungen des Inkrafttretens</b> (bis zu mehreren Monaten)  <b>Erstmals Ausweisung des DQR-Niveaus auf Prüfungszeugnissen</b></p>
2015		<p><b>Umsetzung der HA-Empfehlung aus 2014 (kompetenzorientierte Ausbildungsordnungen) in neuen Ordnungsverfahren</b>  <b>Erstmals übersteigt die Zahl der Studienanfänger/innen die Zahl der neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträge</b>  <b>Höchststand an unbesetzten Ausbildungsstellen</b>  <b>Evaluierung BBiG</b>  <b>Nachhaltigkeit in Ausbildungsordnungen – keine verpflichtende Verortung in Aus(- und Fort)bildungsordnungen</b></p>
2016		<p><b>Integration von Geflüchteten in Ausbildung</b>  <b>Die Diskussion der Zuordnung der bundesweit einheitlich geregelten Fortbildungsabschlüsse wird erfolgreich abgeschlossen (Stufe 7).</b>  <b>Umsetzung der Ergebnisse eines BIBB-Projektes zur Gesamtnote in Fortbildungsverordnungen beginnt (Hintergrund: Durchlässigkeit aus der beruflichen Fortbildung an die Hochschulen)</b></p>
2017		<p><b>BMBF / BIBB-Initiative „Berufsbildung 4.0 – Fachkräftequalifikationen und Kompetenzen für die digitalisierte Arbeit von morgen“</b>  <b>Nach Ablauf eines mehrjährigen Moratoriums erfolgt eine Verständigung über die Zuordnung der allgemeinbildenden Schulabschlüsse auf DQR-Niveau 2 bis 4 – weiterhin offen und KWB-seitig unterschiedlich bewertet</b>  <b>bleibt das Verfahren für eine Zuordnung non-formaler Qualifikationen</b></p>

		<i>Wirtschaftsseitig keine gemeinsame Positionierung zur „Höheren Berufsbildung“ und zu den Abschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“</i>
2018		<b>Diskussionen über die Standardberufsbildpositionen</b> <i>Inkrafttreten des "Kaufmann/Kauffrau im E-Commerce" – der erste neue kaufmännische Ausbildungsberuf seit zehn Jahren</i>
2019		<b>Veränderungen im Hinblick auf Digitalisierung der Wirtschaft</b> <i>Eintreten für das weitere Initiativrecht für Neuordnungen primär bei den Sozialpartnern</i> <b>BIBB-HA-AG zur Überarbeitung der Standardberufsbildpositionen</b> <b>Nationale Weiterbildungsstrategie</b> <b>26. August 2019: Unterzeichnung der neuen Vereinbarung der "Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019–2021" durch Bundesregierung, Bundesagentur für Arbeit, der Wirtschaftsverbände BDA, BFB, DIHK und ZDH, Gewerkschaften und Länder</b>
2020		<b>01.01.2020: Inkrafttreten novelliertes Berufsbildungsgesetz</b> → Fortbildung: Fortbildungsstufen / „Berufsspezialist“, „Bachelor Professional“, „Master Professional“ → Ausbildung: Zusatzregelungen für zweijährige Berufe <b>Berufsbildung in Zeiten von Corona</b> <b>Neue Standardberufsbildpositionen</b> (identisch für kaufmännische und gewerblich-technische Berufe, neu: Nachhaltigkeit, Digitalisierte Arbeitswelt) → Erarbeitung einer Hauptausschuss-Empfehlung und Umsetzungshilfe → Umsetzung in Neuordnungsverfahren

Gründungstext:

Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung

Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und der Zentralverband des Deutschen Handwerks haben am 26. Oktober ds. Js. ein Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung gegründet, das von ihnen gemeinsam getragen wird.

Das Kuratorium hat die Aufgabe, Initiativen zur Verbesserung der beruflichen Bildung seitens der Wirtschaft zu entwickeln und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten sowie die Meinungsbildung der Wirtschaftsorganisationen in den relevanten Fragen der Berufsbildung zu fördern und gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten.

Die Anpassung der Berufsbildung an die schnelle technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und die Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes stellen die Wirtschaft vor neue Aufgaben und Probleme. Diese veränderte Lage erfordert, daß die Organisationen der Wirtschaft in allen Fragen der Berufsbildung enge Verbindung halten, sich aufeinander abstimmen, eine möglichst einheitliche, wissenschaftlich abgesicherte Meinung bilden und diese Meinung in den gesetzlichen Gremien vertreten.

Sitz des Kuratoriums ist Bonn. Der Vorsitz der Mitgliederversammlung ist dem Fabrikanten Kurt Ott, BDI, der des Vorstandes Dr. Wölker, DIHT, übertragen worden. Als Geschäftsführer ist der langjährige Leiter der Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Prof. Dr. E. Krause, von der Mitgliederversammlung bestellt worden.

26.10.1920

Quellen:

Raddatz, Rolf: Zehn Jahre Berufsbildungsgesetz. Gedanken anlässlich eines Gesetzesjubiläums. BWP 1979.

Geerd Woortmann: Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) – Eine gemeinsame Plattform der Wirtschaft. In: Handbuch der Aus- und Weiterbildung. 171. Erg.-Lfg., Februar 2006.

100 Jahre Ordnung in der Berufsbildung. Vom Deutschen Ausschuss für Technisches Schulwesen – DATSCH zum Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB. Jubiläumsveranstaltung 8.12.2008.

Nicht veröffentlichte Jahresberichte des KWB.